

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
§ 1 Einleitung .....	1
§ 2 Verbrauchervertragsrecht im Überblick .....	2
A. Gegenstand und Abgrenzung des Verbrauchervertragsrechts .....	2
I. Abschlusssituationsspezifische Regelungen .....	4
a) Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	4
b) Recht der Haustürgeschäfte .....	6
c) Recht der Fernabsatzverträge .....	7
II. Vertragstypspezifische Regelungen .....	9
a) Verbraucherkreditrecht .....	9
b) Recht der Teilzeit-Wohnrechteverträge (Timesharing) .....	10
c) Recht des Verbrauchsgüterkaufs .....	11
III. Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten .....	12
a) Produkthaftungsrecht .....	12
b) Recht des unlauteren Wettbewerbs und Kartellrecht .....	13
c) Verbraucherkollisionsrecht .....	14
d) Recht der Pauschalreiseverträge .....	15
e) Recht der Fernunterrichtsverträge .....	16
f) § 288 Abs. 2 BGB .....	16
B. Instrumente des Verbrauchervertragsrechts .....	17
C. Verbraucherbegriff des § 13 BGB .....	17
§ 3 Regelungskonzept des Verbrauchervertragsrechts .....	20
A. Überblick über die Verbraucherschutzdebatte .....	20
B. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit .....	23

I.	Vertragsfreiheit .....	23
a)	Formale und materiale Vertragsfreiheit .....	26
1)	Formale Freiheit als Kompetenz .....	26
2)	Materiale Freiheit als tatsächliche Freiheit – Prinzip der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	27
3)	Verhältnis formaler und materialer Freiheit .....	29
4)	Alternative Begriffsverständnisse .....	31
b)	Ausprägungen der Vertragsfreiheit .....	33
II.	Vertragsgerechtigkeit .....	33
a)	Versuche einer inhaltlichen Konkretisierung der Vertragsgerechtigkeit .....	34
b)	Gerechtigkeit und Freiheit – eine erste Annäherung .....	35
c)	Nochmals – die Gerechtigkeit der Freiheit .....	39
III.	Materialisierung .....	41
a)	Materialisierung der Vertragsfreiheit .....	42
b)	Materialisierung der Vertragsgerechtigkeit .....	42
c)	Hintergrund der Materialisierungsdiskussion im Verbrauchervertragsrecht .....	43
IV.	Zusammenfassung .....	44
C.	Verbraucherleitbild .....	45
I.	Bedeutung des Verbraucherleitbilds innerhalb der Verbraucherschutzkonzeption .....	45
a)	Verbraucherleitbild als Telos des Verbrauchervertragsrechts ..	46
b)	Verbraucherleitbild als normativer Maßstab .....	47
c)	Gang der Untersuchung .....	49
II.	Normative oder empirische Bestimmung .....	50
III.	Normatives Verbraucherleitbild und Typisierung .....	53
a)	Zulässigkeit einer Typisierung .....	53
b)	Zusammenhang zwischen Typisierung und Verbraucherleitbild .....	56
c)	Grenzen des Typisierungsarguments .....	59
IV.	Zusammenfassung .....	63

D. Bezugspunkt des Verbraucherschutzkonzepts – nationale und europäische Ebene .....	64
I. Unterschiedliche Ansätze auf nationaler und europäischer Ebene .....	64
II. Gründe für ein genuin nationales Konzept des Verbraucher-vertragsrechts .....	66
a) Überschließende Richtlinienumsetzung .....	67
b) Einheit der Rechtsordnung .....	71
c) Rechtspraktische Erwägungen .....	74
d) Kompetenzrechtliche Erwägungen .....	76
e) Verfassungsrechtliche Erwägungen .....	78
1) Zusammenwirken von Grundrechten und Privatrecht im nationalen Recht .....	78
2) Europäische Dimension .....	79
III. Zusammenfassung .....	81
E. Ansätze zur Bestimmung des Verbraucherschutzkonzepts .....	81
I. Modell vom motivatorischen Ungleichgewicht .....	82
a) Hintergründe des Erklärungsmodells .....	82
b) Tragfähigkeit der Gegenüberstellung Gewinnerzielungs-absicht – privater Konsum .....	83
1) Zweckneutralität des Bürgerlichen Rechts .....	83
2) Generelle Bedenken .....	84
3) Hintergrund: Unterscheidung zwischen Tausch- und Gebrauchswert .....	87
c) Zusammenfassung .....	90
II. Paritätsmodelle .....	90
a) Generelle Ungleichgewichtslage zu Lasten des Verbrauchers .....	93
1) Feststellung von Machtungleichgewichten .....	93
aa) Kriterien zur Feststellung von Ungleichgewichten .....	94
bb) Tragfähigkeit der Kriterien .....	96
cc) Typisierung des Paritätskriteriums .....	99
2) Rechtliche Relevanz tatsächlicher Ungleichgewichte .....	100
aa) Freiheitsrechtliche Relevanz von Ungleichgewichten .....	101
bb) Bewertung von Ungleichgewichten .....	105
3) Normativierung von Ungleichgewichten .....	106
4) Zusammenfassung .....	107
b) Kriterium der größeren rechtsgeschäftlichen Erfahrung des Unternehmers .....	108

1) Erklärungsansatz .....	108
2) Tragfähigkeit des Abgrenzungskriteriums .....	109
3) Beschränkung des Verbrauchervertragsrechts auf den „Nur-Verbraucher“ .....	115
c) Informationsasymmetrie – Verbraucherschutz im Informationsmodell .....	117
1) Prämissen des Informationsmodells .....	117
aa) Leitbild von der Konsumentensouveränität .....	117
bb) Informationsdefizit infolge fehlender rechtsgeschäftlicher Erfahrung .....	121
cc) Informationsgefälle als verbraucherspezifisches Problem .....	122
2) Verbraucherschutzrecht als Recht zur Kompensation von Informationsdefiziten .....	123
aa) Informations-, Aufklärungs- und Belehrungspflichten .....	124
bb) Einseitige Vertragslösungsrechte .....	126
cc) Inhaltskontrolle und zwingendes Recht .....	128
dd) Formvorschriften .....	130
ee) Abschließende Würdigung .....	131
3) Grenzen des Verbraucherschutzes durch Information .....	134
aa) Information overload .....	134
bb) Kognitive Dissonanzen .....	137
cc) Bereitschaft zur Informationsaufnahme und -verarbeitung .....	139
dd) Sonstige kognitive Schranken .....	141
ee) Schlussfolgerungen .....	141
4) Zusammenfassung zum Informationsmodell .....	143
d) Zusammenfassung zu den Paritätsmodellen .....	143
<b>III. Theorie von der vertraglichen Solidarität .....</b>	<b>143</b>
a) Solidarität als vertragsrechtliches Prinzip .....	144
b) Kritik am Modell von der vertraglichen Solidarität .....	145
1) Ausformung des Modells im einzelnen .....	145
2) Aufdecken der Schwachstellen des klassischen Verbraucher- schutzrechts .....	147
3) Konsequenzen des Solidaritätsgedankens als Leitprinzip des Vertragsrechts .....	148
aa) Selbstbestimmung vs. Fremdbestimmung .....	148
bb) Praktische Voraussetzungen einer Sachwalterstellung für die Interessen des Schwächeren .....	151
cc) Der Grundsatz „ <i>pacta sunt servanda</i> “ im Modell vertraglicher Solidarität .....	152
c) Zusammenfassung .....	156
<b>IV. Modell vom kompetitiven Vertragsrecht .....</b>	<b>156</b>
a) Kompetitives Vertragsrecht als Rechtsprinzip .....	157
b) Tragfähigkeit des Ansatzes .....	158

1) Situationsbezogenheit des Widerrufsrechts – Spannungsverhältnis zum Grundsatz <i>pacta sunt servanda</i> .....	158
2) Genuine Gerechtigkeitslogik durch kompetitives Vertragsrecht – situationsbezogenes Schutzrecht vs. allgemeines Reurecht .....	162
3) Auswirkungen des Widerrufsrechts auf die Rechtsposition des Verbrauchers .....	164
aa) Folgen der Lockerung der Bindungswirkung .....	164
bb) Hintergrund und Herleitung des Bindungsgrundsatzes .....	165
cc) Eintritt der Bindungswirkung bei Verbraucherträgen mit Widerrufsmöglichkeit .....	173
4) Intention des Widerrufsrechts .....	175
aa) Einseitigkeit der Wettbewerbsförderung .....	175
bb) Intendierte Wettbewerbsverlängerung .....	177
cc) Wettbewerbsvorstellung im Modell vom kompetitiven Vertragsrecht .....	178
c) Zusammenfassung .....	181
V. Modell des asymmetrisch standardisierten Vertragsschlusses ...	181
a) Prämissen des Modells .....	181
b) Tragfähigkeit des Modells .....	183
1) Privatautonomie bei standardisierten Verträgen .....	183
2) Zweck des Verbrauchertragsrechts im Modell des asymmetrisch standardisierten Vertrages .....	186
3) Standardisierung außerhalb von Verbraucher-Unternehmer-Verträgen .....	188
4) Einordnung als situationsbezogenes Erklärungsmodell .....	192
c) Zusammenfassung .....	194
VI. Ergebnis der Analyse .....	194
 F. Eigener Ansatz zur Begründung eines Verbraucherschutzkonzepts – Rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung im Verbrauchertrag .....	195
I. Dogmatische Begründung des Prinzips rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung .....	196
a) Inhalt und Schutzziel .....	196
1) Herleitung und Bedeutung des Prinzips .....	196
2) Umfang der Gewährleistung .....	202
3) Defizite in der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	209
4) Gerechtigkeitsgehalt des Prinzips rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung .....	209
5) Individueller vs. demokratischer Selbstbestimmungsschutz .....	213
b) Externalitäten im Modell rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung .....	215

1) Verbrauchervertragsrechtlicher Ansatz .....	217
2) Allgemein vertragsrechtlicher Ansatz .....	219
3) Wettbewerbsrechtlicher Ansatz .....	219
4) Rechtsvergleichender Ansatz – undue influence .....	220
5) Schlussfolgerungen .....	221
c) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im Modell rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung .....	221
d) Entindividualisierung des Selbstbestimmungsschutzes .....	223
e) Zusammenfassung .....	223
II. Verbraucherschutzinstrumente im Modell rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung – abstrakte Ebene .....	224
a) Informationspflichten des Unternehmers .....	226
1) Informationspflichten und rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung .....	226
2) Grenzen des Schutzes rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung durch Information .....	226
3) Zusammenfassung .....	230
b) Widerrufsrechte des Verbrauchers .....	231
1) Widerrufsrecht und rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung .....	231
2) Funktions- und Regelungsweise von Widerrufsrechten .....	235
3) Noch einmal: Widerrufsrecht und Bindungsgrundsatz .....	239
4) Funktionalität der Widerrufsrechte .....	241
5) Schutz der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung im Recht der Widerrufsfolgen .....	245
6) Zusammenfassung .....	248
c) Formvorschriften .....	250
1) Formerfordernisse und rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung .....	250
2) Verhältnis zu anderen Verbraucherschutzinstrumenten .....	251
3) Zusammenfassung .....	253
d) Inhaltskontrolle von Vertragsbedingungen .....	253
1) Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen und rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung .....	254
2) Vorformulierung als Einstiegskriterium der Inhaltskontrolle .....	261
3) Maßstab der Inhaltskontrolle – Kontrollkriterium .....	264
4) Regelungsgrund der Inhaltskontrolle außerhalb des Rechts Allgemeiner Geschäftsbedingungen .....	265
5) Subsidiaritätsdogmatik der Inhaltskontrolle .....	275
6) Zusammenfassung .....	277
e) Inhaltlich zwingendes Recht .....	279
III. Verbraucherschutzinstrumente im Modell rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung – konkrete Ebene .....	280

a) Recht der Haustürgeschäfte .....	280
1) Ratio des Rechtsgebiets .....	280
2) Schutz der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	284
3) Tatbestandsmerkmal der entgeltlichen Leistung .....	285
4) Ausblick: Änderungen durch die Horizontalrichtlinie .....	288
b) Recht der Fernabsatzverträge .....	289
1) Ratio des Rechtsgebiets .....	289
2) Schutz der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	291
c) Verbraucherkreditrecht .....	295
1) Ratio des Rechtsgebiets .....	295
2) Schutz der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	297
3) Exkurs: Darlehensvermittlungsverträge .....	298
d) Recht der Teilzeit-Wohnrechteverträge .....	298
1) Ratio des Rechtsgebiets .....	298
2) Schutz der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	300
3) Jüngere Entwicklungen .....	302
e) Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	303
1) Ratio des Rechtsgebiets .....	303
2) Schutz der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	303
3) Effizienz des Schutzes .....	304
4) Verbraucherspezifisches AGB-Recht und rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung .....	305
f) Recht des Verbrauchsgüterkaufs .....	309
1) Ratio des Rechtsgebiets .....	309
2) Kompetenzieller Hintergrund der Regelungskonzeption .....	312
3) Bewertung der Regelungskonzeption .....	315
4) Zusammenfassung .....	317
IV. Rechtsetzung und Rechtsanwendung im Verbraucher- vertragsrecht im Modell der rechtsgeschäftlichen Selbstbestimmung .....	317
a) Notwendigkeit situationsbezogenen Selbstbestimmungs- schutzes .....	320
b) Der Verbraucher als typisierter Schutzadressat .....	320
1) Vorüberlegungen .....	321
2) Recht der Haustürgeschäfte .....	323
3) Recht der Fernabsatzverträge .....	325
4) Verbraucherkreditrecht .....	327
5) Recht der Teilzeit-Wohnrechteverträge .....	329
6) Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	331
7) Zwischenergebnis .....	336
8) Recht des Verbrauchsgüterkaufs .....	338

c) Verbraucherleitbild .....	340
1) Ausgangspunkt der Bestimmung des Verbraucherleitbildes .....	342
2) Berücksichtigung verhaltenswissenschaftlicher Erkenntnisse .....	343
3) Verbraucherleitbild und ökonomische Analyse des Rechts .....	348
4) Zusammenfassung .....	352
d) Unternehmerleitbild .....	353
e) Zusammenfassung .....	355
V. Abgrenzung zu anderen Modellen .....	356
a) Die wirtschaftliche Selbstbestimmung bei Drexel .....	356
b) Die rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit bei Wolf .....	357
§ 4 Ausgewählte verbrauchervertragsrechtliche Probleme im Lichte des Prinzips rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung ...	360
A. Vorüberlegungen zur Lösung der Zweifelsfälle .....	360
B. Regelungsansatz des gemeinschaftsrechtlichen Verbrauchervertragsrechts .....	361
I. Prinzip rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung und Marktmodell .....	362
II. Aktualität des Marktmodells .....	363
III. Geltung der Risikozuweisungstheorie im Verbraucher- vertragsrecht auf Unionsebene .....	365
C. Zweifelsfälle hinsichtlich des persönlichen Anwendungsbereichs ..	366
I. Vorbemerkung: Begriff des Rechtsgeschäfts .....	366
II. Bestimmung des persönlichen Anwendungsbereichs .....	367
III. Zeitliche Dimension .....	373
IV. Beweislast .....	373
a) Anwendung von § 344 HGB im Rahmen von § 14 Abs. 1 BGB – Grundsatz .....	374
b) Ausnahmsweise Beweislasterleichterungen .....	375
1) Internetauktionen .....	376
2) Fernabsatz außerhalb von Internetauktionen .....	381
3) Weitere Fälle .....	383
V. Dual use .....	384

VI.	Quantitative und qualitative Anforderungen an die unternehmerische Tätigkeit .....	387
a)	Umfang der Tätigkeit .....	387
b)	Nebenerwerbstätigkeiten .....	389
c)	Branchenfremde Rechtsgeschäfte .....	390
VII.	Verwaltung eigenen Vermögens .....	391
VIII.	Existenzgründer .....	393
a)	Maßgebliche Wertungen .....	393
b)	§ 512 BGB .....	395
c)	Existenzgründer-Gesellschafter .....	396
d)	Sonstige Rechtsgeschäfte .....	396
IX.	Juristische Personen und Personengesellschaften .....	397
a)	Einbeziehung von Personengesellschaften und juristischen Personen in den Verbraucherbegriff .....	398
1)	Juristische Personen .....	398
2)	Personengesellschaften .....	399
aa)	Systematisch-historische Auslegung .....	399
bb)	Gemeinschaftsrechtsinduzierte Auslegung .....	401
cc)	Exkurs: Verhältnis von Verbraucher- und Unternehmerbegriff zueinander .....	402
3)	Sachgerechtigkeit der Regelung .....	404
b)	Juristische Personen im Gründungsstadium .....	408
c)	Organe und Gesellschafter .....	409
1)	Organe juristischer Personen als Verbraucher .....	409
aa)	Vergleichbarkeit mit selbständigem Handeln .....	411
bb)	Maßgeblichkeit des Zwecks der Hauptschuld .....	414
2)	Personengesellschafter als Verbraucher .....	415
d)	Zusammenfassung .....	417
X.	Beteiligung Dritter – Teil 1: Stellvertretung .....	417
a)	Persönliche Anwendungsvoraussetzungen .....	418
b)	Sachliche Anwendungsvoraussetzungen .....	419
1)	Vertragstypspezifisches Verbraucherrecht .....	419
2)	Einschaltung eines Vertreters bei Haustürgeschäften .....	419
3)	Fernabsatzverträge und Verträge unter Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen .....	421
c)	Besonderheiten bei Einschaltung eines Vertreters .....	422
1)	Widerrufsbefugnis .....	422
2)	Adressat der Widerrufsbelehrung .....	422
3)	Formerfordernisse und Mindestangaben bei Verbraucherkreditgeschäften .....	426
4)	Formerfordernisse bei Timesharing-Verträgen .....	429

d) Widerruf der Vollmacht .....	430
1) Widerruf der in einer Haustürsituation erteilten Vollmacht .....	431
aa) Sachliche Anwendungsvoraussetzungen .....	431
bb) Persönliche Anwendungsvoraussetzungen .....	432
cc) Allgemeine stellvertretungsrechtliche Grundsätze .....	432
2) Widerruf der Vollmacht in sonstigen Fällen .....	432
3) Rechtsfolgen vollmachtlosen Handelns eines Verbrauchers .....	434
4) Exkurs: Haftung des falsus procurator bei Vertretung eines Unternehmers durch einen Verbraucher .....	435
XI. Beteiligung Dritter – Teil 2: Interzessionsgeschäfte .....	436
a) Bürgschaft .....	437
1) Haustürwiderrufsrecht .....	437
aa) Einbeziehung des Bürgschaftsvertrags in den sachlichen Anwendungsbereich .....	437
bb) Abhängigkeit des Schutzes von der Natur der Hauptverbindlichkeit .....	439
cc) Zusammenfassung .....	444
2) Verbraucherkreditrecht .....	444
aa) Schutzbedürfnis des Bürgen .....	444
bb) Sachliche und persönliche Anwendungsvoraussetzungen – limitierte Akzessorietät der Bürgschaft im Schutzgrund .....	446
cc) Anwendung der verbraucherkreditrechtlichen Vorschriften im einzelnen .....	447
dd) Nationale und gemeinschaftsrechtliche Bedenken gegen einen verbraucherkreditrechtlichen Bürgenschutz .....	449
3) Zusammenfassung .....	451
b) Schuldbeitritt .....	451
1) Haustürwiderrufsrecht .....	452
2) Verbraucherkreditrecht .....	452
3) Zusammenfassung .....	453
c) Realsicherheiten .....	454
1) Haustürwiderrufsrecht .....	454
2) Verbraucherkreditrecht .....	455
3) Zusammenfassung .....	456
XII. Arbeitnehmer .....	456
a) Problemaufriss .....	456
b) Lösungsparameter im Modell rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung .....	458
c) Einzelne Problemkreise .....	461
1) Haustürwiderruf .....	461
2) Verzugszinsen – § 288 BGB .....	465
3) Allgemeine Geschäftsbedingungen .....	466
4) Sonstige Fälle .....	470
5) Zusammenfassung .....	472

d) Gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit der Subsumtion des Arbeitnehmers unter den Verbraucherbegriff .....	472
D. Immobilienstrukturvertrieb .....	475
I. Problemaufriss .....	475
II. Bestehen eines Widerrufsrechts .....	479
a) Widerrufbarkeit als Haustürgeschäft .....	479
b) Kausalität der Haustürsituation für die Rechtsgeschäfte – sachlicher Anwendungsbereich des Haustürwiderrufsrechts ..	482
c) Kenntnis von der Haustürsituation .....	484
1) „Gutgläubiger Hinwegerwerb“ der Haustürsituation .....	485
2) Bestimmung der sachlich-situativen Tatbestandsvoraussetzungen ..	486
III. Rechtsfolgen eines Widerrufs .....	489
a) Haustürwiderruf und Anlagerisiko .....	491
1) Differenzierung nach der Art des verwirklichten Risikos .....	492
2) Risikoneutralität des Haustürwiderrufsrechts .....	495
b) Kausalitätsproblematik .....	496
1) Reichweite des Kausalitätserfordernisses .....	496
2) Maßgeblicher Kausalzusammenhang als materieller Gehalt der Risikodogmatik .....	498
c) Sanktionsproblematik Teil 1: Sanktionscharakter der Widerrufsausübung .....	499
d) Sanktionsproblematik Teil 2: Hinreichende mitgliedstaatliche Sanktion nicht ordnungsgemäßer Widerrufsbelehrung .....	500
1) Verbundenheit von Darlehens- und Erwerbsgeschäft .....	501
2) Keine Verbundenheit von Darlehens- und Erwerbsgeschäft – Realkreditgeschäfte .....	503
aa) Ursprüngliche Schadensersatzlösung des BGH .....	505
bb) Schadensersatz wegen unterbliebener Widerrufsbelehrung ..	508
(1) Schadensursächlichkeit der unterbliebenen oder fehlerhaften Widerrufsbelehrung .....	508
(2) Verschuldensfrage .....	511
cc) Zusammenfassung .....	512
IV. Besonderheiten bei der fondsvermittelten Immobilienanlage ..	513
a) Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft .....	513
1) Hintergrund der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft .....	515
2) Würdigung der Argumente .....	517
b) Sanktionsproblematik Teil 1: Sanktionscharakter der Widerrufsausübung .....	519

1) Entlassung des Verbrauchers aus den Verpflichtungen aus dem widerrufenen Vertrag .....	519
aa) Fehlende Rückwirkung des Widerrufs .....	519
bb) Fortbestand der Einlagepflicht .....	520
cc) Nachschusspflichten .....	522
2) Gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit der fortbestehenden Haftung .....	523
aa) Grundsätzliche Zulässigkeit gewisser nachteiliger Widerrufsfolgen .....	523
bb) Gemeinschaftsrechtliche Dimension der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft .....	527
cc) Zusammenfassung .....	528
3) Besonderheiten beim verbundenen Geschäft .....	528
aa) Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff beim Haustürwiderruf nur des Fondsbeitritts in Altfällen .....	529
bb) Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff in anderen Konstellationen .....	534
c) Sanktionsproblematik Teil 2: Hinreichende mitgliedstaatliche Sanktion nicht ordnungsgemäßer Widerrufsbelehrung .....	535
E. Verlust der Widerrufsmöglichkeit durch Zeitablauf .....	536
I. Zeitliche Begrenzung des Widerrufsrechts im Modell rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung .....	537
II. Tragfähigkeit des Kriteriums der beiderseits vollständigen Leistungserbringung .....	540
III. Befristung des Widerrufsrechts nach geltendem Recht .....	542
IV. Verwirkung des Widerrufsrechts .....	544
§ 5 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	546
Verzeichnis verwendeter Literatur .....	557
Sachregister .....	577